

## Hochschulen für die Zukunft Deutschlands stärken

### Forderungen der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) zur Bundestagswahl 2025

Die Hochschulen sind die Zentren des deutschen Wissenschafts- und Innovationssystems. Sie sichern durch Bildung die Fach- und Führungskräfte von morgen und tragen mit Forschung und Transfer wesentlich zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität Deutschlands bei. Die Hochschulen sind Pfeiler des wirtschaftlichen Wohlstandes und des sozialen Zusammenhalts und vital für die freiheitliche Demokratie.

Die Bundespolitik muss der Bedeutung der Hochschulen für die Zukunft unseres Landes konsequent Rechnung tragen – in Finanzplanung, Gesetzgebung, Regierungshandeln und Verwaltung. Auch und gerade das zuständige Bundesministerium sollte sich auf die Gestaltung der Zukunft und die Rolle der Hochschulen darin ausrichten. Die HRK fordert:

- 1) **Bürokratie abbauen!** Um die Freiheit der Wissenschaft zu schützen und ihre Innovationskraft zu stärken, müssen hemmende Verwaltungsvorgaben und unnötige Berichtspflichten abgebaut werden. Es braucht hier mutige und konsequente Schritte, um die Handlungsfähigkeit im Wissenschaftssystem zurückzugewinnen und Kreativität und Innovation umfassend freizusetzen.
- 2) **Forschungs- und Innovationsförderung bündeln!** Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands weiter zu steigern, benötigen wir eine umfassend leistungsfähige, ressortübergreifend abgestimmte Forschungs- und Transferförderung des Bundes im gesamten Spektrum von der Grundlagenforschung bis zur Anwendung auf allen wissenschaftlichen Feldern.
- 3) **Lehre und Studium stärken!** Um die Bildung des künftigen Fach- und Führungspersonals Deutschlands umfassend zu sichern, müssen der dynamisierte Zukunftsvertrag für Studium und Lehre (ZSL) sowie die Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Studium gesichert und ausgebaut werden; das schließt eine umfassende Reform des BAföG und die Stärkung des Studentischen Wohnens ein.
- 4) **Hochschulbau und -sanierung gewährleisten!** Um Bildung, Forschung und Transfer nicht zu gefährden, muss der Sanierungsstau von mindestens 74 Mrd. € im Hochschulbau durch ein gezieltes Engagement v. a. für die energetische Sanierung und die Anpassung an moderne Lehr- und Forschungsbedarfe aufgelöst werden. Bund und Länder müssen dies als gesamtstaatliche Aufgabe zum Erhalt und zur zeitgemäßen Modernisierung zentraler Infrastrukturen begreifen.